

**abgeschlossen am
30. Juli 2003**

	<u>Seite</u>
1. Geheimdienstausschüsse kritisieren Arbeit der Sicherheitsdienste im Vorfeld des 11. September scharf	1
2. Rüstungsbewilligung 2004 im Vermittlungsausschuss	2
3. Kritik an nachrichtendienstlichen Pannen wächst	3
4. Congress verabschiedet Vorlagen für Medikamenten-Zusatzversicherung	4
5. Repräsentantenhaus für Erlaubnis des Reimports von Medikamenten	6
6. Senat blockiert Begrenzung des Schmerzensgelds bei ärztlichen Kunstfehlern	6
7. Repräsentantenhaus für Reform von „Head Start“	7
8. Senat gegen zusätzliche Mittel für innere Sicherheit	8
9. Senat gegen verstärkte Computer-Überwachung im Rahmen der Terrorismusabwehr	9
10. Senat bestätigt neuen Direktor des Office of Management and Budget	10

7-8/2003

1. Geheimdienstausschüsse kritisieren Arbeit der Sicherheitsdienste im Vorfeld des 11. September scharf

Ein im Juli 2003 der Öffentlichkeit vorgestellter Untersuchungsbericht der Geheimdienstausschüsse von Senat und Repräsentantenhaus kritisiert die Arbeit der US-Sicherheitsbehörden im Vorfeld der Terroranschläge vom 11. September 2001 erneut in aller Schärfe (vgl. CR 9/2002, S. 3). Der Bericht mit dem Titel: „Report of the Joint Inquiry into the Terrorist Attacks of September 11, 2001“ kann im Netz unter <http://intelligence.house.gov> eingesehen werden.

Die Untersuchung des gemeinsamen Ausschusses des *Senate Select Committee on Intelligence* und des *House Permanent Select Committee on Intelligence* wurde bereits im Dezember 2002 abgeschlossen, doch erst jetzt - mit Ausnahme einiger sicherheitsrelevanter Abschnitte - der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Während der Untersuchungsbericht (*Senate Report No. 107-351, House Report No. 107-792*) einerseits keine grundsätzlich neuen Einsichten vermittelt, bietet er andererseits einen vergleichsweise detaillierten Überblick über Versäumnisse und Fehler der Sicherheitsbehörden in der Terrorabwehr vor dem 11. September.

So unterstreicht der Bericht, dass

- den Geheimdiensten keine unmittelbaren Erkenntnisse vorlagen, die eine direkte Verhinderung der Anschläge erlaubt hätten, aber
- angesichts der verfügbaren Informationen und der bestehenden Bedrohungsanalyse, die auch die Möglichkeit von Flugzeugentführungen durch Al Kaida-Mitglieder einschloss, ein systematisches Vorgehen gegen Al Kaida die Ausführung der Anschlagpläne hätte indirekt vereiteln können.

Als Belege für diese Einschätzung dienen zum einen die Informationen über einzelne Mittäter, deren Verbindungen zu Al Kaida und Aufenthaltsorte in den USA bekannt waren, ohne dass dies zu Gegenmaßnahmen geführt hätte. Zum anderen wird darauf verwiesen, dass spezifische Warnungen im Zusammenhang mit dem Pilotentraining von Al Kaida-Mitgliedern in den USA nicht weiter verfolgt worden sind.

Als politisch brisant gelten auch die Aussagen des Berichts mit Blick auf die strukturellen Defizite der US-Terrorabwehr vor dem September 2001, die vor allem auf organisatorische Mängel hinweisen.

Ungeachtet des scharfen Tons der Kritik, der im Untersuchungsbericht angeschlagen wird, haben jedoch vor allem die unveröffentlichten Teile des Berichts für politischen Wirbel gesorgt und die Administration in Bedrängnis gebracht.

Nicht nur demokratische Mitglieder des Congress fordern, dass insbesondere die Aussagen des Berichts, die das Verhalten verbündeter Staaten wie Saudi-Arabien proble-

matisieren, der Öffentlichkeit ebenfalls zugänglich gemacht werden, was Präsident Bush jedoch bisher unter Verweis auf US-Sicherheitsinteressen abgelehnt hat.

Ein Bericht der im Dezember 2002 eingesetzten unabhängigen Kommission zur Untersuchung der Arbeit der Sicherheitsbehörden steht noch aus. Die Kommission steht unter Leitung des früheren Gouverneurs Tom Kean (R-N.J.) sowie des ehemaligen demokratischen Abgeordneten Lee Hamilton (vgl. CR 12/2002, S. 5), die mehrfach eine schleppende Kooperation der Behörden beklagt haben.

2. Rüstungsbewilligung 2004 im Vermittlungsausschuss

Repräsentantenhaus und Senat haben am 9. bzw. 17. Juli 2003 ihre jeweiligen Gesetzesvorlagen zum Verteidigungsbewilligungsgesetz 2004 (Fiscal Year 2004 Defense Appropriations) verabschiedet. Im Repräsentantenhaus fiel die Entscheidung mit 399:19 und im Senat mit 95:0 Stimmen aus.

Im Rahmen der *Defense Appropriations* nimmt der Congress die Budgetbewilligung für das Pentagon der Höhe nach vor, während er im Kontext der *Defense Authorizations* über die Mittelzuweisung an das Verteidigungsministerium der Sache nach entscheidet (vgl. CR 6/2003, S. 8).

Insgesamt liegt der Umfang der Haushaltsbewilligung des Repräsentantenhauses

- für das Fiskaljahr 2004, das rechnungstechnisch am 1. Oktober 2003 beginnt, mit 368,7 Mrd. USD nur 100 Mio. über der Bewilligungssumme des Senats.

Rechnet man die etwa 19,3 Mrd. USD für nukleare Waffenprogramme hinzu, die im Rahmen der Haushaltsbewilligung für das Energieministerium vorgesehen sind, dann würde die Mittelzuweisung für das Pentagon etwa 49 Prozent jener Bewilligungssumme in Höhe von 784,7 Mrd. USD im Bereich der *discretionary programs* ausmachen, über die der Congress im Rahmen seiner Haushaltsberatungen für das Jahr 2004 frei entscheiden kann.

Diesem Ausgabenbereich stehen die sogenannten *entitlement programs* gegenüber, bei denen der Congress auf Grund gesetzlicher Ausgabenverpflichtungen über so gut wie keinen Entscheidungsspielraum verfügt (vgl. CR 2/2003, S. 1).

Alles in allem bewegt sich die von Repräsentantenhaus und Senat anvisierte Summe für *Fiscal Year 2004 Defense Appropriations* 3 Mrd. USD unterhalb des ursprünglich von der Bush-Administration geforderten Mittelansatzes, wobei die eingesparten Mittel vor allem Programmen im sozialen Bereich zufließen sollen.

Es wird allgemein mit einem zügigen Verlauf der Verhandlungen im Vermittlungsausschuss gerechnet, wo beide Kammern ihre Vorlagen nun noch aufeinander abstimmen

müssen. „Dies ist die parteipolitisch am wenigsten umstrittene Gesetzgebung, die wir seit langer Zeit gesehen haben“, kommentierte denn auch Senator Patrick J. Leahy (D-Vt.) die Ausgangssituation für die Verhandlungen beider Kammern über das Verteidigungsbewilligungsgesetz 2004 im Vermittlungsausschuss.

Beide Seiten sind sich im Großen und Ganzen darüber einig, dass die Mittelzuweisungen für die Beschaffung neuer Waffensysteme sowie für die Forschung und Entwicklung erhöht werden sollen. Dagegen sollen die Kosten für die Truppenstationierungen im Irak, die von der Bush-Administration auf etwa 3,9 Mrd. USD pro Monat geschätzt werden, vom Congress im Rahmen einer Zusatzbewilligung abgedeckt werden.

3. Kritik an nachrichtendienstlichen Pannen wächst

Im Congress wächst die Kritik an den nachrichtendienstlichen Pannen im Vorfeld des Irak-Krieges (vgl. CR 6/2003, S. 2). Offensichtlich wurde die Bedrohung, die vom Irak und dessen Programmen zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen ausging, von der Bush-Administration bewusst stark überzeichnet. So hat sich die Behauptung, dass der Irak sich um Uran-Lieferungen aus dem Niger bemüht hat, als nachrichtendienstlich vollkommen haltlos erwiesen – und es mehren sich die Hinweise, dass dies dem *National Security Council*-Stab im Weißen Haus durchaus bewusst war. Gleichwohl wurde die Behauptung in die „State of the Union“ Präsident Bushs an den Congress aufgenommen.

CIA-Direktor George J. Tenet hat zwischenzeitlich die Verantwortung für die Vorgänge übernommen, und das Weiße Haus sah sich am 18. Juli 2003 sogar veranlasst, Teile eines streng geheimen *National Intelligence Estimate* zu „Iraq’s Continuing Programs on Weapons of Mass Destruction“ vom Oktober 2002 der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Der Geheimdienstbericht warnte einerseits davor, dass Saddam Husseins Regime sich um den Kauf von Uran („yellowcake“) aus dem Niger und möglicherweise aus Somalia bemühe, hielt andererseits aber fest: „We cannot confirm whether Iraq succeeded in acquiring uranium ore and/or yellowcake from these sources.“ Ende Juli 2003 übernahm dann der stellvertretende Nationale Sicherheitsberater Stephen Hadley die Verantwortung für die Vorgänge. Zuvor hatte Senator Richard J. Durbin (D-Ill.) nach einer nicht öffentlichen Sitzung des Geheimdienstausschusses verbreitet, dass die CIA dem Congress den Namen des für die Vorgänge direkt Verantwortlichen im Weißen Haus genannt hat.

Die Demokraten drängen im Zuge der Enthüllungen um die offensichtliche Vermischung politisch gewollter Lagebeurteilungen des Weißen Hauses mit nachrichtendienstlicher Aufklärung durch die CIA im Vorfeld des Irak-Krieges auf einen unabhängigen Untersuchungsausschuss. Ein entsprechender Vorstoß von Senator Jon Corzine (D-N.J.) fand allerdings im Rahmen der Beratungen über das Verteidigungsbewil-

ligungsgesetz 2004 (vgl. Punkt 3) keine Mehrheit und wurde mit 51:45 Stimmen von der republikanischen Senatsmehrheit zurückgewiesen.

Gleichwohl wächst auch unter den Republikanern die Kritik, und Pat Roberts (R-Kan.), der Vorsitzende des Geheimdienstausschusses im Senat, hat öffentliche Anhörungen zu den Vorgängen nach der Sommerpause im September angekündigt. Es geht hier um die „Frage der Glaubwürdigkeit der USA“, so auch die republikanische Senatorin Olympia J. Snowe (R-Maine). Präsident Bush hat Ende Juli 2003 die volle politische Verantwortung für die Pannen übernommen.

4. Congress verabschiedet Vorlagen für Medikamenten-Zusatzversicherung

Repräsentantenhaus und Senat haben Ende Juni 2003 unterschiedliche Versionen einer Medikamenten-Zusatzversicherung verabschiedet, die Medicare-Versicherten bei der Finanzierung der Arzneimittelkosten helfen soll.

Der Senat nahm die unter der Federführung von Senator Max Baucus (D-Montana) und Charles Grassley (R-Iowa) ausgearbeitete Reformvorlage (vgl. CR 6/2003, S. 4) mit der breiten Mehrheit von 76:21 Stimmen an. Nur 10 Republikaner und 11 Demokraten vom rechten bzw. linken Flügel der Fraktionen sprachen sich gegen die Annahme aus.

Im Repräsentantenhaus fiel die Abstimmung dagegen mit 216 gegen 215 Stimmen denkbar knapp aus. Der republikanischen Parteiführung gelang die Durchsetzung ihrer Vorlage buchstäblich erst in letzter Minute, nachdem mehrere Abgeordnete dem Druck der Partei nachgaben und ihre Stimmabgabe von Nein auf Ja änderten. Das Abstimmungsverhalten folgte in beiden Fraktionen weitgehend der Parteilinie. Neun Demokraten stimmten mit der republikanischen Fraktion für die Vorlage, 19 zumeist konservative Republikaner sprachen sich mit der demokratischen Fraktion dagegen aus.

Die Gesetzesvorlagen des Senats und des Repräsentantenhauses sehen im Kern ähnlich strukturierte Medikamenten-Zusatzversicherungen für Senioren, Behinderte und chronisch Kranke unter Medicare vor, unterscheiden sich jedoch in einer Reihe wichtiger Detailbestimmungen.

Beide Vorlagen gehen von Gesamtkosten in Höhe von etwa 400 Mrd. USD in den ersten zehn Jahren des Programms aus und sehen vor, dass Anspruchsberechtigte unter Medicare bei privaten Anbietern eine Versicherung abschließen können, die durch Bundessubventionen auf einem Niveau von monatlich ca. 35 USD pro Versicherungsnehmer gehalten werden soll.

Gemäß den Vorgaben der Senatsvorlage sollen die Versicherungen nach einer Selbstbeteiligung der Versicherten von 275 USD pro Jahr für Ausgaben von bis zu 4.500 USD die Hälfte der Kosten übernehmen und für Ausgaben von über 5.812 USD 90

Prozent der Kosten tragen. Die Vorlage des Repräsentantenhauses geht von einer Selbstbeteiligung von 250 USD aus und sieht eine Erstattung von 20 Prozent der Kosten bei Ausgaben bis zu 2500 USD bzw. die Übernahme sämtlicher Kosten bei Aufwendungen von jährlich über 4.900 USD vor.

Um die Bundessubventionen in dem vorgegebenen Finanzrahmen zu halten, weisen beide Vorlagen eine Deckungslücke auf (*doughnut hole*). In der Senatsversion müssen die Versicherten jährliche Ausgaben zwischen 4.500 und 5.812 USD allein tragen, in der Variante des Repräsentantenhauses Ausgaben zwischen 2.000 und 4.900 USD.

Gravierender als die Unterschiede in den Details der Ausgestaltung der Versicherungen sind jedoch die Abweichungen in den Rand- und Zusatzbestimmungen beider Vorlagen. So sieht die Senatsvorlage insbesondere vor, dass in Regionen, in denen weniger als zwei private Anbieter auftreten, *Medicare* eine eigene, staatliche Zusatzversicherung anbieten soll. Zudem sind die Zusatzleistungen für Senioren mit geringen Einkommen vergleichsweise großzügig ausgelegt.

Demgegenüber sollen nach den Bestimmungen der Vorlage des Repräsentantenhauses zum einen die Steuerfreibeträge für medizinische Behandlungen drastisch aufgestockt werden, zum anderen das *Medicare*-Programm ab 2010 generell für private Versicherungsanbieter geöffnet werden.

Vor allem am staatlichen Angebot von Medikamenten-Zusatzversicherungen und an der verstärkten Öffnung von *Medicare* für private Versicherungen sind die grundsätzlichen Differenzen zwischen den Parteien und ideologischen Lagern festzumachen.

Konservative Republikaner beklagen die Ausweitung der Leistungsansprüche an den Bund durch das neue Programm und befürchten, dass der Staat die Versicherungswirtschaft auf Grund der Vorgaben des Senats zu stark belasten könnte. Reformliberale Demokraten hingegen sehen durch die Vorlage des Repräsentantenhauses den Fortbestand von *Medicare* sowie der bundesstaatlichen Leistungsgarantie in Frage gestellt, wenn das System auf eine Konkurrenz zwischen staatlichen und privaten Anbietern umgestellt wird. Private Anbieter, so die Befürchtung, könnten gesündere Senioren abwerben und damit die bestehende Solidargemeinschaft der *Medicare*-Versicherten aufbrechen.

Im Senat haben die Demokraten deutlich gemacht, dass sie keinen Kompromiss auf Kosten von *Medicare* eingehen werden. Vielmehr wollen sie eine Reform, die ihnen in diesem Punkt nicht entgegenkommt, blockieren.

Die Republikaner im Repräsentantenhaus hingegen wollen das konservative Element bewahren, um Fortschritte bei der strukturellen Reform von *Medicare* machen zu können.

Präsident Bush, der das Konzept des Repräsentantenhauses favorisiert, hat allerdings deutlich werden lassen, dass er die Verabschiedung eines zwischenparteilichen Kom-

promisses ideologischen Positionsgewinnen vorzieht. Damit scheint sich die Administration implizit der Senatsvorlage anzunähern. Da auch konservative Demokraten ihre Präferenz für die Senatslösung bekundet haben, scheint sie der einzige gangbare Weg zur Bildung einer Mehrheitskoalition.

Die Verhandlungen des Vermittlungsausschusses zwischen Repräsentantenhaus und Senat, der seine Arbeit bereits aufgenommen hat, dürften sich ungeachtet der von Präsident Bush geforderten schnellen Einigung allerdings mehrere Monate hinziehen.

5. Repräsentantenhaus für Erlaubnis des Reimports von Medikamenten

Das Repräsentantenhaus hat sich am 25. Juli 2003 mit 243:186 Stimmen dafür ausgesprochen, den Reimport und Verkauf von Medikamenten aus Kanada und Europa zu erlauben.

Die Abstimmung über die Gesetzesvorlage, die zuvor von der republikanischen Führung des Repräsentantenhauses blockiert worden war, wurde durch Fortschritte im Zuge der Verhandlungen über die Medikamenten-Zusatzversicherung ermöglicht (siehe Punkt 4).

Die Befürworter der Vorlage wollen erreichen, dass Patienten in den Genuss der im Ausland zumeist niedrigeren Medikamentenpreise kommen. Die Gegner warnen dagegen vor Nicht-Markenprodukten und Fälschungen, die US-Sicherheitsstandards gefährden könnten.

Der Senat hat bereits Mitte Juni 2003 eine ähnlich lautenden Gesetzesvorlage angenommen (vgl. CR 6/2003, S. 6). Sie unterscheidet sich allerdings in einem wesentlichen Punkt von der Version des Repräsentantenhauses. Der Senat beharrt darauf, dass Reimporte vom Sozial- und Gesundheitsminister (*Secretary Of Health and Human Services*) für unbedenklich erklärt werden müssen. Diese Unbedenklichkeitserklärung wurde in der Vergangenheit aber verweigert.

Vor diesem Hintergrund ist ein Kompromiss in der zentralen Streitfrage keineswegs gesichert, obwohl die Befürworter des Gesetzes dessen Annahme mit Blick auf die Wahlen 2004 zu einem Kampf zwischen den Rechten von Patienten und den Interessen der Pharmaindustrie stilisiert haben.

6. Senat blockiert Begrenzung des Schmerzensgelds bei ärztlichen Kunstfehlern

Die republikanische Senatsführung hat in einer Abstimmung Anfang Juli 2003 die notwendige qualifizierte Mehrheit für die Aufnahme der Beratungen über eine Geset-

zesvorlage verfehlt, die Schmerzensgeldzahlungen zur Kompensation medizinischer Behandlungsfehler scharf begrenzt .

Für die Ansetzung der Beratung der Gesetzesvorlage stimmten nur 49 Senatoren, während sich 48 dagegen aussprachen. Gemäß Geschäftsordnung des Senats sind allerdings 60 Stimmen notwendig, um eine Abstimmung über die Vorlage gegen ein angekündigtes *Filibuster* der Demokraten (die unbefristete Fortsetzung der Debatte) durchzusetzen.

Damit scheint die Beratung der Vorlage im 108. Congress blockiert, obwohl das Repräsentantenhaus mit Unterstützung von Seiten der Administration im März 2003 eine Vorlage zur Begrenzung von Schmerzensgeldzahlungen angenommen hatte (vgl. CR 3/2003, S. 4).

Die meistenteils demokratischen Kritiker des Gesetzentwurfes wenden ein, dass eine Begrenzung des Schmerzensgeldes auf 250.000 USD betroffenen Patienten eine angemessene Entschädigung und Zukunftsvorsorge vorenthält.

Die Befürworter der Vorlage halten dagegen eine Begrenzung der Schmerzensgeldzahlungen für dringend erforderlich, um eine weitere Explosion der Prämien für Versicherungen gegen Behandlungsfehler einzudämmen.

Die Republikaner haben angekündigt, dass sie das Thema im Wahlkampf 2004 aufgreifen wollen. Die Demokraten hingegen verweisen auf eine von den Senatoren Lindsey O. Graham (R-S.C.) und Richard J. Durbin (D-Ill.) gemeinsam eingebrachte Vorlage, die mit neuen Regulierungsvorschriften für Versicherungen den in einer Reihe von Spezialbereichen wie Neurochirurgie oder Gynäkologie aufgetretenen Problemen begegnen will.

7. Repräsentantenhaus für Reform von „Head Start“

Das Repräsentantenhaus hat sich am 25. Juli 2003 mit 217 gegen 216 Stimmen für eine grundlegende Reform des *Head Start*-Programms ausgesprochen, das Kinder aus einkommensschwachen Familien sozial betreut und pädagogisch unterstützt.

Die Vorlage wurde allein mit den Stimmen der republikanischen Mehrheit verabschiedet. Die republikanische Gesetzesnovelle sieht neben einer Begrenzung des Ausgabenwachses vor, dass

- acht noch zu benennende Einzelstaaten eine Sondergenehmigung für die Einrichtung von Pilotprojekten in eigener Zuständigkeit erhalten sollen.

Durch die angestrebte Dezentralisierung soll eine Verschmelzung von *Head Start* mit einzelstaatlichen Programmen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien möglich werden.

Kritiker, vor allem auf Seiten der demokratischen Congress-Fraktionen, die das gemeinhin als erfolgreich angesehene Bundesprogramm geschlossen unterstützen, sehen in den Pilotprojekten einen Versuch, *Head Start* auszuhöhlen und die Verantwortung pauschal den Einzelstaaten zuzuweisen.

Während die Demokraten weiteren Verbesserungen der bereits jetzt als anspruchsvoll geltenden Qualitätsstandards zustimmen wollen, sehen sie in einer Experimentierphase, die sich von den Einzelstaaten Verbesserungen erhofft, ohne dass diese bisher Erfahrungen mit vergleichbaren Programmen ausweisen können, keinen Sinn.

Die republikanischen Befürworter einer Reform von *Head Start* im Repräsentantenhaus halten dagegen, dass ihr Vorschlag den Weg für eine besser koordinierte und integrierte Betreuung der Zielgruppen des Programms frei machen könnte.

Angesichts der fehlenden Unterstützung von demokratischer Seite werden dem Vorstoß der Republikaner im Senat allerdings wenig Chancen eingeräumt.

8. Senat gegen zusätzliche Mittel für innere Sicherheit

Der Senat hat sich am 22. Juli 2003 im Rahmen seiner Mittelbewilligung für das neu geschaffene Ministerium für Innere Sicherheit (*Homeland Security Appropriations*) für das Haushaltsjahr 2004 gegen eine Eräterhöhung über die ursprünglich geplante Summe von 29,3 Mrd. USD hinaus ausgesprochen.

Ein entsprechender Vorstoß von Senator Robert C. Byrd (D-W.Va.),

- der zusätzliche Mittel von 1,75 Mrd. USD für die Arbeit des Ministeriums beim Grenzschutz, bei der Terrorabwehr durch örtliche Polizei- und Feuerwehreinheiten sowie beim Schutz von Chemieanlagen vorsah, wurde mit 50:43 abgelehnt.

Byrd unterstrich in der Aussprache über die Bewilligungsvorlage für das neu geschaffene Ministerium (vgl. CR 2/2002, S. 5), dass die „Initiativen für innere Sicherheit“ hinter die Anforderungen zurückfielen, die im Zuge des 11. September entstanden sind.

Dagegen betonte Thad Cochran (R-Miss.), der Vorsitzende des *Homeland Security Appropriations Subcommittee* im Senat, dass die Bewilligungsvorlage eine gute und finanziell ausreichende Grundlage für die Arbeit des neu geschaffenen Ministeriums darstellt. Außerdem unterstrich der Senator, dass es „für eine Liste von Ausgaben, die wir zusätzlich für die innere Sicherheit tätigen könnten, keine Grenze gibt.“ Cochran

unterstrich zudem, dass der Blick auf die Mittelzuweisungen für das Ministerium allein nicht wirklich etwas darüber aussagt, wie viel die USA im Jahr 2004 insgesamt für Anti-Terrormaßnahmen aufwenden werden. Schließlich decke die Bewilligungssumme für das *Department of Homeland Security* nur 58 Prozent der tatsächlich von den USA eingesetzten Mittel für Terrorismusabwehr ab.

Demgegenüber verwiesen Demokraten wie Senator Byrd auf eine Ende Juni 2003 veröffentlichte Studie des *Council on Foreign Relations*, nach der während der kommenden fünf Jahre für die lokale Terrorismusabwehr zusätzliche Ausgaben in Höhe von 98 Mrd. USD erforderlich sind. In eine ähnliche Richtung argumentierte Anfang Juli 2003 auch die *Heritage Foundation*, die ebenfalls höhere Mittelzuweisungen an bundesstaatliche und lokale Behörden zur Terrorismusabwehr anmahnte.

Nun müssen Senat und Repräsentantenhaus ihre Bewilligungsgesetzentwürfe für *Homeland Security* noch im Vermittlungsausschuss aufeinander abstimmen, wobei die *House Bill* eine Milliarde USD mehr für die Arbeit des Ministeriums vorsieht als ursprünglich von Präsident Bush vom Congress verlangt.

9. Senat gegen verstärkte Computer-Überwachung im Rahmen der Terrorismusabwehr

Der Senat hat sich am 17. Juli 2003 im Rahmen seiner Rüstungsbewilligung für das Haushaltsjahr 2004 (vgl. Punkt 3) dagegen ausgesprochen, der Defense Advanced Research Agency Mittel in Höhe von 54 Mio. USD für den Aufbau einer Datenbank aus öffentlichen und privaten Informationsquellen zur Verfügung zu stellen.

Die Datenbank sollte die Terrorismusabwehr durch den Abgleich der Informationen von Kreditkartenfirmen und Fluggesellschaften sowie von Krankenversicherern und Universitäten im Wege der Rasterfahndung verbessern helfen.

Das Forschungsprogramm war unter dem Namen „Total Information Awareness Initiative“ im Jahr 2002 ins Leben gerufen worden. Es steht unter der Leitung des früheren Nationalen Sicherheitsberaters John M. Pointdexter, der während der Präsidentschaft Ronald Reagans im Rahmen der Iran-Contra-Affäre 1987 zweifelhafte Berühmtheit erlangt hatte, und war von Bürgerrechtsorganisationen scharf kritisiert worden.

„Das Programm“, so Senator Ron Wyden (D-Ore.), „wäre das größte Ausspäh- und Überwachungsprogramm in der Geschichte unseres Landes geworden.“ Dieser Argumentation schloss sich der Senat an, während sich das Repräsentantenhaus im Rahmen seines Bewilligungsgesetzentwurfs weniger restriktiv zeigte, so dass am Ende das Ergebnis der Verhandlungen zwischen beiden Kammern im Vermittlungsausschuss abzuwarten bleibt.

10. Senat bestätigt neuen Direktor des Office of Management and Budget

Der Senat hat am 26. Juni 2003 einstimmig der Nominierung von Joshua B. Bolton zum neuen Chef des Office of Management and Budget (OMB) zugestimmt. Der 48-jährige Bolton, der nach seiner Ausbildung an den Universitäten Princeton und Stanford auf Tätigkeiten beim Stab des *Senate Finance Committee*, im Büro des US-Handelsbeauftragten, bei der Investmentbank *Goldman Sachs* sowie im Büro von Bushs Stabsdirektor im Weißen Haus Andrew Card zurückblicken kann, tritt die Nachfolge von Mitchell E. Daniels an.

Bolton, dem eine persönliche Nähe zu Präsident Bush zugeschrieben wird, gilt im Gegensatz zu seinem Vorgänger Daniels als stärker konsensorientiert und hat sich in den Anhörungen zu seiner Nominierung vor dem *Governmental Affairs Committee* des Senats aufgeschlossen gegenüber einer überparteilichen Zusammenarbeit mit dem Congress gezeigt.

Die dürfte mit Blick auf die Bekämpfung des galoppierenden Defizits im US-amerikanischen Bundeshaushalt auch angezeigt sein (vgl. CR 6/2003, S. 9). Nach neuesten Berechnungen, die der Öffentlichkeit am 15. Juli 2003 vorgestellt wurden,

- geht das OMB für das Jahr 2003 von einem Defizit im amerikanischen Bundeshaushalt von 455 Mrd. USD aus. Im Jahr 2004 rechnet das Haushaltsbüro im Weißen Haus zwischenzeitlich sogar mit einem Defizit von 475 Mrd. USD. Zum Vergleich: Im Jahr 2000 hatte der Haushaltsüberschuss noch 236 Mrd. USD betragen.

Während Bolton sich beeilte darauf hinzuweisen, dass die Haushaltsentwicklung sehr wohl handhabbar („manageable“) sei, verwiesen Kritiker auf die Gefahr eines strukturellen Defizits, dass sich äußerst negativ auf die längerfristige gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den USA auswirken könne.

Die Demokraten warfen der Bush-Administration vor, der Defizitentwicklung im amerikanischen Bundeshaushalt nicht wirklich Aufmerksamkeit zu schenken. Stattdessen verteile der Präsident großzügige Steuergeschenke (vgl. CR 6/2003, S. 1; CR 5/2003, S. 1) und auch die Kosten des Irak-Krieges trügen massiv zur weiteren Defizitentwicklung bei. „Es scheint weder ein Schamgefühl, noch einen Schock oder eine Lösung“ mit Blick auf die Haushaltssituation zu geben, so der führende Demokrat im Haushaltsausschuss des Repräsentantenhauses, John M. Spratt (S.C.), kritisch zu den neuesten Berechnungen des OMB zur Haushaltsentwicklung.

Demgegenüber beeilte sich die Administration darauf zu verweisen, dass das Defizit in den Jahren 2006 bis 2008 nicht mehr als 1,7 Prozent des amerikanischen Bruttoinlandsprodukts betragen werde. (Für die Jahre 2003 und 2004 ist allerdings davon auszugehen, dass das Defizit im amerikanischen Bundeshaushalt bis zu 4,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beträgt.) Außerdem warf sie den Demokraten vor, dass allein die von ihnen beförderte Einführung einer Medikamenten-Zusatzversicherung unter *Medicare*, der Krankenversicherung des Bundes für Senioren, Behinderte und chro-

nisch Kranke, den Bundeshaushalt in den nächsten 10 Jahren mit bis zu 400 Mrd. USD zusätzlich belasten dürfte (vgl. CR 6/2003, S. 4).

Inwieweit die Haushaltsentwicklung zu einem Thema im Präsidentschaftswahlkampf 2004 werden könnte, bleibt abzuwarten. Unabhängige Kritiker wie Eugene Steuerle vom *Urban Institute* warnen vor jährlichen Defiziten in Höhe von 300-400 Mrd. USD für den Rest der Dekade und verlangen drastische Einschnitte in die Ausgabentätigkeit des Bundes. Dass die Parteien dazu im Angesicht des Wahlkampfes 2004 bereit sind, scheint mehr als fraglich.